

Nicaragua und die Zukunft linker Politik

Utopie und Verfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe

5. – 7. April 2019 in Berlin

Die Konferenz ist unterteilt in eine öffentliche Auftaktveranstaltung am Freitag, den 5. April 19:00 Uhr, die Konferenz am 6. und 7. April in der Kulturmarkthalle, Hanns-Eisler-Str. 93, Berlin, sowie ein Kulturprogramm am Samstag, den 6. April, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, Berlin.

Nicaragua hat sich vom weltweiten Symbol eines erfolgreichen revolutionären Kampfes gegen die Diktatur 1979 zu einer neuen Diktatur entwickelt. Im Bündnis mit Kirche und Unternehmen kontrollierte die Regierung der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) unter Daniel Ortega weite Bereiche der Gesellschaft. Das Regime verfolgt einen neoliberalen Wirtschaftskurs, demokratische Freiheiten existieren nur auf dem Papier, Staat und Partei sind längst verschmolzen.

Gegen diese autoritären und paternalistischen Entwicklungen bekehrten im April 2018 zunächst Studierende auf, denen sich schnell andere Gruppen anschlossen. Die blutige Antwort des Regimes auf die ersten Demonstrationen brachte Hunderttausende auf die Straße. Seit Ausbruch der Proteste wurden über 320 Menschen getötet, Tausende verletzt, gut 60.000 Menschen sind vor der Verfolgung des Regimes ins Exil geflohen. Zuletzt wurde zahlreichen Organisationen die Rechtsfähigkeit entzogen, was nicht nur ein faktisches Verbot, sondern auch eine Form der Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Arbeit bedeutet. Diese neue Qualität der Gewalt offenbart, worauf regierungskritische Stimmen in Nicaragua schon lange hinweisen: Die einstige Revolutionspartei FSLN hat ihren emanzipatorischen Charakter verloren und Präsident Daniel Ortega hat das Land erneut in eine Diktatur gestürzt.

Dabei fordern die Protestierenden nicht nur den Rücktritt Ortegas, sondern entwerfen zugleich neue Gesellschaftskonzepte von unten. Wie können diese Entwürfe zusammengefasst werden und welche Anchlüsse bieten sie für linke Utopien über den Kontext Nicaraguas hinaus? Die Regierung Ortega hat sich selbst den „progressiven Regierungen“ zugeschrieben, die im Lateinamerika der letzten Dekaden hegemonial waren.

Auch deshalb wirft die Situation in Nicaragua Fragen auf, die weit über das Land hinausweisen: Fragen nach dem Verhältnis von Partei, Staat und Bewegung, nach dem Stellenwert von Demokratie und Freiheitsrechten, nach Solidarität, alternativen Entwicklungsmodellen und feministischen Perspektiven. Ausgehend von den Erfahrungen in Nicaragua und Lateinamerika bringt die Konferenz auf fünf Podien Aktivist*innen aus Nicaragua, Lateinamerika und Deutschland zusammen, um über Utopie und Zerfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe zu diskutieren.

mit:

Vilma Núñez, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH, Nicaragua

Mónica López Baltodano, Rechtsanwältin und Aktivistin bei der Articulación de los movimientos sociales, Nicaragua/Costa Rica

Edgardo Lander, Professor der Soziologie, Mitarbeiter des Transnational Institute, Venezuela

Francisca Ramírez, Anführerin der Bauernbewegung gegen den Kanalbau, Nicaragua/Costa Rica

María Teresa Blandón, Dozentin und feministische Aktivistin, Leiterin von La Corriente, Nicaragua

Raúl Zelik, Politikwissenschaftler und Aktivist, Vorstand Die Linke, Deutschland

Yerling Aguilera, Dozentin und feministische Aktivistin bei Articulación de los movimientos sociales, Nicaragua/Spainien

Alex Wischnewski, Aktivistin im Netzwerk "Care Revolution" und bei #keinemehr gegen Femizide, Deutschland

Justina Lee, Wirtschaftswissenschaftlerin und feministische Aktivistin, Argentinien/Deutschland

Anne Huffschild, Kulturwissenschaftlerin, forscht und publiziert zu sozialen Erinnerungsprozessen, Deutschland

Silke Helfrich, Forscherin, Autorin und Aktivistin der Commonsbewegung, Deutschland

Anne Alex, Autorin und Aktivistin der Erwerbslosenbewegung, Deutschland

Samira Marty, Ethnologin, forscht zu Erinnerungskultur Schweiz/Deutschland

Utopie und Verfall:

Nicaragua, Venezuela und neue Perspektiven

Abendveranstaltung Freitag 5. April, 19 – 22 Uhr

Kulturmarkthalle, Hanns-Eisler-Straße 93, 10409 Berlin

Nicaragua unter Daniel Ortega hat sich selbst den „progressiven Regierungen“ zugeschrieben, die im Lateinamerika der letzten Dekaden hegemonial waren. Vorreiter dieser Bewegung war Venezuela, wo Hugo Chávez den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ausgerufen hatte. Doch 40 Jahre nach der sandinistischen Revolution und 30 Jahre nach Chávez' Wahlsieg fällt die Bilanz vernichtend aus.

Das Regime in Nicaragua verfolgt einen neoliberalen Wirtschaftskurs, demokratische Freiheiten existieren nur auf dem Papier, Staat und FSLN sind längst verschmolzen, ein hartes Abtreibungsrecht gefiel der Kirche und konterkariert die Beteiligung von Frauen in der Revolution. Schon länger protestierten bäuerliche Gemeinden im Süden des Landes gegen den autoritären Plan der Regierung, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen. Im April 2018 begehrt dann Studierende gegen die repressive und paternalistische Ortega-Regierung auf. Die blutige Antwort des Regimes auf die ersten Demonstrationen brachte Hunderttausende auf die Straße. Seitdem wurden über 320 Menschen getötet, Tausende verletzt, Hunderten als politische Gefangene in Haft. Bis zu 60.000 Menschen sind vor der Verfolgung des Regimes ins Exil geflohen. Menschenrechtsorganisationen und kritische Medien wurden verboten, Oppositionelle werden gnadenlos verfolgt.

Venezuela durchlebt derzeit den vorläufigen Höhepunkt einer Krise, die längst alle gesellschaftlichen Bereiche im erdölreichsten Land der Welt erfasst: Wirtschaftlich liegt Venezuela am Boden, die Gesundheitsversorgung ist katastrophal, Menschen hungern, die Bolivarische Verfassung, ein Instrument der Demokratisierung, wurde von der Regierung Nicolás Maduro de facto außer Kraft gesetzt und mit der Selbsternennung von Juan Guaidó zum Interimspräsidenten forciert die rechte Opposition eine Eskalation, die insbesondere durch die Intervention der USA schnell zum Bürgerkrieg werden könnte.

Mit Vilma Núñez, Mónica López Baltodano, Yerling Aguilera, Edgardo Lander und Raul Zelik diskutieren wir darüber, wie es soweit kommen konnte. Warum hat die erhoffte gesellschaftliche Transformation nicht stattgefunden? Welche verteidigungswerten Ansätze gibt es dennoch und trotz aller Kritik, auch angesichts der Rechtsentwicklung in der Region und einer zumindest in Venezuela drohenden militärischen Intervention? Wie lassen sich die gemachten Erfahrungen in neue Perspektiven emanzipatorischer Bewegungen übersetzen?

Nicaragua und die Zukunft linker Politik

Utopie und Verfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe

Konferenz 6. – 7. April

Kulturmarkthalle

Hanns-Eisler-Straße 93, 10409 Berlin

Kulturprogramm am 6. April

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Allee. 4, 10405 Berlin

Samstag, 6.4.2019

- 8.30 – 9.15 Anmeldung
- 9.15 – 9.30 Eröffnung
- 9.30 – 11.30 Panel 1 Demokratie zwischen Staat und Zivilgesellschaft
- 11.30 – 12.00 Kaffeepause
- 12.00 – 13.30 Panel 2 Wirtschaftspolitik zwischen Exportorientierung und Ernährungssouveränität
- 13.30 – 15.00 Mittagspause
- 15.00 – 16.30 Panel 3 Sozialpolitik zwischen Assistenzialismus und Empowerment

+++ Umzug ins Haus der Demokratie & Menschenrechte +++

- 18.00 – 19.30 Abendessen
- ab 19.30 Kulturprogramm mit dem Theaterkollektiv Las Amapolas „Voces en Resistencia“ und der Musikerin Ceshia Ubau „Habría que sembrar girasoles“

Sonntag, 7.4.2019

- 9.00 – 9.30 Eröffnung
- 9.30 – 11.00 Panel 4. La revolución será feminista o no será: Feministische Perspektiven
- 11.00 – 11.30 Kaffeepause
- 11.30 – 13.00 Panel 5 Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung
- 13.00 – 14.00 Mittagessen
- 14.00 – 15.00 Abschlussplenum mit Ausblick auf zukünftige Aktivitäten und einem Beitrag der Unidad Azul y Blanco Alemania zum Thema „Rolle der Nicaraguaner*innen in der Diaspora und unsere Wünsche an die deutsche Solidaritätsbewegung“

+++ Ende der Konferenz +++

- 15.00 – 17.00 4. Vernetzungstreffen der bundesweiten Nicaragua-Solidarität

Anmeldung bis zum 22.03.2019 unter [krekeler\[at\]inkota.de](mailto:krekeler[at]inkota.de)

Infos und Programm:

www.infobuero-nicaragua.org | <https://www.facebook.com/events/139067580330101/>
<https://www.inkota.de/nica-konferenz>

Die Konferenz findet auf Deutsch und Spanisch mit teilweiser Simultanübersetzung statt.

Veranstalter:

Informationsbüro Nicaragua e.V. | INKOTA-netzwerk | medico international | Rosa-Luxemburg-Stiftung | SOS Nicaragua Alemania

Unterstützende Organisationen:

Brot für die Welt | Bezirksregierung Kreuzberg | Christliche Initiative Romero | Heinrich Böll Stiftung | Nicaragua Gruppe Bielefeld | Nicaragua-Solidarität Berlin | Unidad Azul y Blanco Alemania

Panels

Panel 1

Demokratie zwischen Staat und Zivilgesellschaft

In Nicaragua werden Staatsangestellte, auch Chirurgen und Universitätsdozenten, zu Demonstrationen der FSLN abkommandiert – und bei Verweigerung entlassen. Schon in den 1980er Jahren wurden die 600 FSLN-Funktionär*innen vom Staat finanziert, inzwischen kontrollieren die Ortega-Murillos die sandinistische Partei ebenso wie Parlament, Justiz, Wahlbehörde, Repressionsorgane und alle anderen Ebenen des Staatsapparats. Venezolanische Hilfsgelder laufen nicht einmal mehr über die Staatskasse, sondern werden gleich von der Familie Ortega-Murillo privat verwaltet. In Venezuela unterläuft Maduros PSUV die demokratischen Spielregeln der bolivarianischen Verfassung, kontrolliert Wahlbehörde und Obersten Gerichtshof, der Parteiausweis verschafft Zugang zu Nahrungsmittelhilfen, Milliarden aus dem staatlichen Erdölunternehmen PDVSA wurden veruntreut. Ursprünglich basisdemokratische neue Institutionalisierungen werden Teil der Exekutive. Die Konturen des Öffentlich-Staatlichen

und des Politisch-Parteiischen verschwimmen im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit werden in dem Moment missachtet, in dem sie den Interessen der Führung im Wege stehen. In Brasilien unter Lula dagegen wurden die demokratischen Spielregeln geachtet und die Institutionalität gestärkt. Auch dadurch wurden aber soziale Bewegungen in den Apparat eingebunden und kooptiert – oder sie wurden marginalisiert. Wie wirkt das Verhältnis zwischen Partei und Staat, zwischen Institutionen und Gesellschaft? Wie denken wir das Verhältnis von sozialen Bewegungen zum (progressiven) Staatsapparat? Welche Hebel haben wir für soziale Veränderung?

Mit: Mónica López Baltodano, Edgardo Lander, Alexandra Wischnewski

Moderation: Moritz Krawinkel, medico international

Panel 2

Wirtschaftspolitik zwischen Exportorientierung und Ernährungssouveränität

Zwischen 1996 und 2016 hat sich die nicaraguanische Wirtschaft mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,1% stark entwickelt. Dies lässt sich zurückführen auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs und ging - im Widerspruch zur vermeintlich linksausgerichteten Politik der sandinistischen Regierung - zumeist auf Kosten der armen Bevölkerung und natürlichen Ressourcen: Bergbauprojekte zum Abbau von Gold verschmutzen Wasserressourcen und zerstören die Lebensgrundlage der umliegenden Gemeinden, die Ausweitung der Agrarindustrie vernichtet Regenwälder, der hohe Pestizideinsatz beim monokulturellen Anbau von beispielsweise Zuckerrohr belastet Böden und Grundwasser und wird als (Mit-)verursacher schwerer chronischer Nierenschäden angesehen, an denen Tausende von Arbeiter*innen im Nordwesten Nicaraguas leiden. In eingerichteten Sonderwirtschaftszonen in Managua beuten internationale Textilfabriken gering qualifizierte Arbeitskräfte aus. Durch den seit Jahren geplanten Bau eines interozeanischen Kanals zwischen Atlantik und Pazifik drohen Enteignungen und Umsiedlung der ländlichen Bevölkerung. Die Konzession wurde dabei ohne vorherige Konsultation und Zustimmung der Gemeinden vergeben. Die betroffene Landbevölkerung leistet seit Jahren Widerstand dagegen und wurde bereits vor Ausbruch der Massenproteste im April 2018 von Seiten der Regierung massiv unterdrückt. Die Zeiten des wirt-

schaftlichen Aufschwungs in Nicaragua sind jedoch vorbei: Die sozio-politische Krise hat auch gravierende wirtschaftliche Auswirkungen, Hunderttausende haben ihre Arbeit verloren und der Tourismussektor ist vollständig zusammengebrochen. Nicht nur in Nicaragua hat die Wirtschaftspolitik soziale Konflikte zu verantworten. Auch in den benachbarten Ländern Honduras und Guatemala kämpfen kleinbäuerliche und indigene Bewegungen gegen existenzbedrohende Projekte auf ihren Territorien und für die Einhaltung ihres Rechts auf freie, vorherige und informierte Konsultation. Wie kann eine Wirtschaftspolitik in einem Land ohne nennenswerte Industrie aussehen, die die Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerung respektiert, natürliche Ressourcen schützt und dennoch einen wirtschaftlichen Kollaps verhindert? In Deutschland und Europa führt der kapitalistische Wachstumszwang zu Überproduktion, Klimaschädigung, prekärer Beschäftigung sowie neokolonialer Ausplünderung der Rohstoffe und der billigen Arbeitskraft des Südens. Welche Ansätze gibt es für ein anderes selbstbestimmtes Wirtschaften in einer Post-Wachstumsgesellschaft?

Mit: Francisca Ramírez, Edgardo Lander, Silke Helfrich

Moderation: Klaus Heß, Informationsbüro Nicaragua

Panels

Panel 3

Sozialpolitik zwischen Assistenzialismus und Empowerment

An Nicaraguas Sozialpolitik scheiden sich die Geister: es wurden Sozialprogramme zur Armutsbekämpfung aufgelegt, ohne dass die Eigentums- und Verteilungsverhältnisse und der Klassenkompromiss mit den Unternehmen angetastet wurden. Durch Transferprogramme wie plan techo, usura cero oder bono productivo konnte Armut und extreme Armut verringert werden. Finanziert wurden die Programme ausschließlich durch die kreditbasierte Kooperation mit Venezuela (Albanisa); sie haben Nicaragua 4 Mrd. Schulden hinterlassen. Für die Verteilung der Gelder in den Barrios sind die sogenannten Räte der Bürgermacht zuständig; diese Verteilung ist klientelistisch, wird ohne parlamentarische Kontrolle durchgeführt, zerstört die gebildeten kooperativen und lokalen Organisationsstrukturen und führt durch neue Begünstigtenstrukturen zur Spaltung der Gesellschaft. Sie fördert zugleich ein neues sandinistisches Unternehmertum. Das zugrundeliegende ALBA Modell hat weiterhin viele Befürworter in der Linken und wird auch in anderen Ländern (El Salvador, Haiti) angewendet. Bei der Bekämpfung

der Proteste zeigt sich, dass sich nicht nur das Wahlvolk, sondern die Basis der Paramilitärs und des Denunziantentums aus den Reihen der Begünstigten von Staatsposten, Stipendien und Zuwendungen speist. Wie kann sich eine Sozialpolitik in armen Ländern finanzieren ohne in neue Abhängigkeiten zu geraten? Welche Elemente jenseits von Transferleistungen gehören zu einer guten Sozialpolitik (Steuerpolitik, Zugang zu Ressourcen und Produktionsmittel, Landreform)? Lassen die bestehenden Kräfte- und Klassenverhältnisse eine transformatorische - d.h. die Verteilungsverhältnisse überwindende - Sozialpolitik zu? Wie kann dies erreicht werden? Welche aktivierende Rolle können dabei marginalisierte Bevölkerungsgruppen und ihre Organisationen spielen? Wie muss das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat organisiert sein? Welche Potenziale hat ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Mit: Maria Teresa Blandon, Raúl Zelic, Anne Alex
Moderation: Anne Tittor, Universität Jena

Panel 4

„La revolución será feminista o no será“ Feministische Perspektiven

Frauen waren schon in der Guerilla und beim Volksaufstand gegen die Somoza Diktatur eine tragende Kraft des Widerstandes und in den 80er Jahren am Aufbau einer neuen Gesellschaft in vorderster Linie beteiligt, sei es in den Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, in der Entwicklung einer neuen Kultur und auch in führenden Regierungsfunktionen. Bekannte Namen wie Arlen Siu werden heute von jungen Feministinnen wieder aufgegriffen, andere bekannte Frauen wie Gioconda Belli, Monica Baltodano und Lea Guido haben sich in die neue Protestbewegung für ein freies Nicaragua eingereiht. In den letzten Jahren hatten die Kämpfe, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und den Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen zum Ziel. Zentral war hierbei immer die eigene Autonomie und die Verteidigung der Vielfalt innerhalb der Bewegung.

Die politischen Spielräume wurden von der Regierung Ortega/Murillo immer weiter eingeschränkt, heute sitzen 70 weibliche politische Gefangene in den Gefängnissen und als letzte Repressionsmaßnahme wurde die Demonstration zum Tag der Gewalt gegen Frauen am 25.11. in Managua verboten und die bekannte Frauenorganisation CISAS wenige Tage später verboten. Bei diesem Panel wollen wir Verbindungslinien zu Bewegungen in Lateinamerika und Europa ziehen wie z.B. zum Frauenstreik am 8. März und der Bewegung "Ni una menos" und so ein globales feministisches Netzwerk stärken.

Mit: María Teresa Blandón, Yerling Aguilera, Justina Lee
Moderation: Xalteva Gonzalez, SOSNicaragua/Alemania/Colectivo La Marimba und Barbara Lucas, Informationsbüro Nicaragua

Panels

Panel 5

Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung

Die Angehörigen der Toten, Verschwundenen und Verletzten fordern seit April letzten Jahres Gerechtigkeit und die Bestrafung der Täter. Man spürt in Nicaragua im Moment viel Schmerz und auch unversöhnlichen Hass, der nicht nur von der Gewalt und Repression des letzten Jahres herrührt, sondern seine Wurzeln auch in den Jahren des Contrakrieges und der Somoza-Diktatur hat. Mit dem Amnestiegesetz unter Präsidentin Violeta Chamorro wurde im Jahr 1990 bedingungslose Amnestie für Militärangehörige beider Seiten wie für Zivilisten, die Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung und die innere oder äußere Sicherheit des Staates begangen haben, gewährleistet. Die massiven Menschenrechtsverletzungen dieser Jahre lasten als kollektives Gedächtnis der Gewalt und Straflosigkeit auf der nicaraguanischen Gesellschaft. Es gab niemals eine Wahrheitskommission nach den gesellschaftlichen Umbrüchen.

Für die Zukunft wird es nötig sein, Instrumente zu finden, die die Konfliktsachen aufarbeiten, die begangenen Verbrechen offenlegen und die Opfer anerkennen, aber auch einen Weg aufzeigen zu einer gesellschaftlichen Versöhnung.

Mit Bezug auf die Erfahrungen in den Nachbarländern sowie die internationale Debatte zu diesem Thema will dieses Panel Möglichkeiten und Bedingungen von Erinnerungskultur, Wahrheitsfindung und Versöhnung thematisieren und Aspekte einer "transitional justice" auch in einem nicaraguanischen Kontext zur Diskussion stellen.

Mit: Vilma Nuñez, Samira Marty und Anne Huffschmid
Moderation: Barbara Lucas, Informationsbüro Nicaragua

Veranstalter:

Informationsbüro Nicaragua e.V. | INKOTA-netzwerk | medico international | Rosa-Luxemburg-Stiftung | SOS Nicaragua Alemania.



medico international



Unterstützende Organisationen: Heinrich Böll Stiftung, Unidad Azul y Blanco Alemania, Christliche Initiative Romero, Nicaragua-Solidarität Berlin, Bezirksregierung Kreuzberg, Nicaragua Gruppe Bielefeld, Brot für die Welt



Mit Mitteln des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung